



Oktober  
2013  
Nr. 15

## Freiburg – Stadt für Alle?!

### Ein wirklich sozialer Stadtteil!

In der Badischen (23.8.) wurde unsere Idee eines sozialen Stadtteils auf dem Gelände der Polizeiakademie aufgegriffen. Bei der letzten Fahrrad-Demo als Protest zur „Immo-Messe“ im April hatten wir die „Freiburger Banane“ (Westlich Merzhauser Str., Götz&Moritz-Gelände, Polizeiakademie, ECA-Siedlung, Gartenstadt und Gutleutmatten) bereits erradelt und die Polizeiakademie in den Focus genommen:

*„Hier muss ein neues Quartier von Unten entstehen, bevor es wieder die „üblichen Verdächtigen“ (Unmässig, Sauer & Co.) ihren Kapitalinteressen unterwerfen. Das Gelände ist groß genug, um mehreren 100 Menschen ein sozial-ökologisches und demokratisches Zusammenleben zu ermöglichen.“*

Als bekannt wurde, dass sich die Polizeiakademie im Rahmen der Polizeireform aus Freiburg verabschieden wird, kam sofort die Idee auf, dass das freiwerdende Gelände sinnvoll genutzt werden muss. Schwung könnte die Idee bekommen, da die Landesregierung dieses Gelände verbilligt für sozialen Wohnungsbau bereitstellen will.

#### **Alles Öko!? Ja, aber auch sozial und demokratisch**

Die Parallele zur Vauban ist unvermeidlich. Als dort die Kasernen durch den Abzug der Soldaten leer wurden, schrien sie geradezu danach, besetzt und sinnvoll genutzt zu werden. In den Auseinandersetzungen darum kristallisierte sich ein Mietshäuser-Syndikats-Projekt als langfristige und realistische Lösung heraus. Das Ergebnis, das Syndikatsprojekt der Selbstverwalteten Unabhängigen Siedlungsinitiative (SUSI), war damals viel größer geplant als es heute ist. Aktuell leben dort 260 Menschen.

**Dieses Mal müsste es doch gelingen, ein ganzes Quartier mit selbstorganisierten Projekten zuzuschaffen, die für ein soziales, ökologisches und demokratisches Leben stehen und nicht nur für Ökologie!**

Denn dieses Gebiet bietet eine der wenigen Möglichkeiten die es in der Stadt noch gibt, ein neues Quartier zu gestalten. Und die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Stadtbau soziales und demokratisches Wohnen nicht gewährleisten kann, die großen Genossenschaften immer mehr wie normale Vermieter agieren - von der üblichen Immobilienverwertungscoalition ganz zu schweigen.

Wer Interesse hat, die Idee eines sozial-ökologischen und demokratischen Stadtteils voranzutreiben, kann sich gerne beim „Recht auf Stadt“-Netzwerk melden und die Idee weiterzuspinnen.

### „RECHT-AUF-STADT“-NETZWERK-TREFFEN

Jeden **2. Freitag im Monat um 20 Uhr**. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Und immer aktuelles: [www.rechtaufstadt-freiburg.de](http://www.rechtaufstadt-freiburg.de)

### TERMINE

- 11.10. „Recht auf Stadt“ - Treffen | 20 Uhr
- 19.10. Rundgang mit dem „Audioguide Weingarten“ und anschließende Diskussionsrunde | 16 Uhr

### Kommentar: Alles was (Ge)recht ist!?

Während die Parteien, Verwaltungen und Wohlfahrtsverbände nach Leistungs-, Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit rufen und die (eigene) Marktfähigkeit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen, bleibt die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit (zur Befriedigung der legitimen Bedürfnisse) und den dahinter stehenden Strukturen, die zur Ungleichheiten führen, außerhalb der nötigen Diskussion.

Jedoch *„wer politisch auf die allgemeine Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger zielt, der muss dazu auch die verteilungspolitischen Voraussetzungen dieser Beteiligung und eine zumindest in diesem Sinne gerechte Verteilung intendieren“*. Wer das bewusst unterlässt, *„der vernachlässigt eine wesentliche Voraussetzung allgemeiner Beteiligung und verfolgt daher die Beteiligungsgerechtigkeit nicht als Ziel. (...) [Es] ist bestenfalls Ausdruck eines systematischen Missverständnisses“* (Möhring-Hesse).

So kann die Forderung nach Gerechtigkeit nicht dabei stehen bleiben, lediglich scheinbare „Chancen“ zu verteilen - bei ungleichen materiellen und politischen Voraussetzungen.

So ist das auch in der Wohnungsfrage, wenn z.B. die Grundstücke „diskriminierungsfrei“ vergeben werden sollen. Heißt: Alles zahlen das gleiche, niemand wird bevorzugt, egal ob jemand Geld hat oder nicht. Ob ein Projekt dauerhaften, demokratischen, sozialen und ökologischen Wohnungsbau organisieren will, oder die größtmöglichen Profite mit der Miete machen will, macht also keinen Unterschied – Hauptsache das Geld stimmt und der gelobte Markt wird nicht verzerrt.

Aber selbst diese Markt-Ideologie von „alle haben die gleichen Chancen“ wird im Neubaugebiet Gutleutmatten nicht eingehalten: Eigentums-Baugruppen werden dort einseitig bevorzugt, zu Ungunsten einer sozialen Wohnungspolitik jenseits des Marktes. Wenn Freiburg eine Stadt für Alle sein soll, ist es dagegen erforderlich, dass Menschen, die sich am Markt nicht mit Wohnraum versorgen können, bevorzugt werden! Ungleichbehandlung ist in diesem Fall gerecht: Soziale Politik muss unterschiedliche Bedürfnisse und Problematiken berücksichtigen. Im Moment aber wird Ungleiches gleich behandelt. Baugruppenförderung ist noch keine soziale Wohnungspolitik!

#### WOHNUNGSLOSIGKEIT STEIGT

284.000 Menschen in Deutschland waren 2013 laut BAG Wohnungslosenhilfe wohnungslos, eine Steigerung um 15%. Bis 2016 wird die Zahl wohl auf 380.000 ansteigen, so ihre Prognose. 2012 verloren 65.000 Menschen ihre Wohnung, darunter 25.000 durch Zwangsräumungen. Die Zahl der Straßenobdachlosen stieg um 10%. 75% der Wohnungslosen sind Männer, 10% Minderjährige. Die Zahl der bedrohten Wohnverhältnisse wird auf unglaubliche 414.000 Menschen beziffert. Es werden drei Hauptgründe für den Wohnungsverlust genannt: Hohe Mieten, Verarmung und Fehlentscheidungen bei Hartz IV. Wohnen - ein verwehrt Menschenrecht!

#### [Fr] HOTEL - DAS ZWEITE

„Natur - Gastlichkeit - Wohlbefinden“ in der 'Green City', so wirbt die Freiburger Stadtbau um eine Partnerin für ihr neues Hotelprojekt im Kurgebiet beim Keidel-Bad. Es ist zu befürchten das dieses Hotel in der HealthRegion Freiburg wieder, wie beim „Green City Hotel“ im Vauban, die MieterInnen der FSB bezahlen!

#### DER MOB SAMMELT SICH

Die rassistische Hetze nimmt bundesweit zu, so z.B. in Duisburg und Berlin-Hellersdorf. Die Kommentare in der BZ zur Berichterstattung zu Flüchtlingsthemen zeigen den alltäglichen Rassismus auch in Freiburg. Und Innenminister Friedrich, der für dieses Klima mit seinem Rassismus (Stichworte: „Armut-flüchtlinge“, „Wir brauchen die, die uns nutzen, und nicht die, die uns ausnutzen“, „ohne großes Federlesen sie wieder rauschmeißen“, ...) dazu erheblich beigetragen hat, macht sich nun Sorgen, dass durch den rassistischen Mob das Ansehen Deutschlands in der Welt Schaden nehmen könnte. Widerlich!

Der Historiker Wolfgang Benz nennt Friedrich treffend einen „Kulturassisten“, der gegen Roma mobil macht.

#### [Fr] RAZZIA IN FLÜCHTLINGS-WOHNHEIMEN

Ende Juli fand eine Razzia u.a. in Freiburger Flüchtlingswohnheimen statt. Die Razzia war von der Polizei als mediales Event inszeniert worden. Die eingeladene Presse nahm dieses Angebot gerne an. So wurde mehrfach gegen den Pressekodex verstoßen (Verwendung von

rassistischen Begriffen, Verletzung von Persönlichkeitsrechten,...). Nach öffentlicher Kritik ruderte die BZ etwas zurück. Da war der Schaden aber schon angerichtet und überregional berichtet.

Das 'Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung' wehrte sich mit Pressemitteilungen gegen das Vorgehen von Polizei und Presse, die einen Generalverdacht gegen Flüchtlinge erzeugten und rassistische Stereotype wiedergaben.

Der Vorgang ist schon unglaublich: Würden in einem Wohnhaus 3 Personen verdächtigt, gegen das Gesetz verstoßen zu haben, würde dann auch das ganze Wohnhaus mit einer Razzia bedacht werden und Menschen aus anderen Wohnungen ebenfalls polizeilich schikaniert werden?

#### [Fr] BAUUNION-TERROR

Um Profite mit der Miete zu machen, gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten (die meisten davon sind legal und gesellschaftlich anerkannt). Etwas besonderes, um MieterInnen aus der Wohnung herauszubekommen und die Profite zu steigern, hat sich erneut die Südwestdeutsche-Bauunion (eigentlich immer im Doppelpack mit Sauer) überlegt. Nach Baulärm, mangelnder Kommunikation, geschlossenen Balkonen und Zäunen, die gemeinschaftlich genutzte Grünfläche zum Käfig werden ließen, hat sich nun eine neue Entmietungsmethode gefunden:

Ein Mieter bekam die schriftliche Aufforderung, seine Wohnung binnen eines Tages zu verlassen, da sie nun leider und versehentlich durch Umbaumaßnahmen einsturzgefährdet sei. Einige ziehen aus, ein Mieter wehrt sich gerichtlich dagegen und bekommt prompt auch noch die Kündigung nachgeschoben.

#### [Fr] FREIBURG BLEIBT SPITZE!

Und eine weitere Studie (Mietpreisanalyse Immobilienscout 24): Freiburg ist auf Platz 6 bei den Mietpreisen (9,20€) und somit 40% über dem Bundesdurchschnitt. Eine andere Studie, die bei Spiegel-Online (09/13) veröffentlicht wurde, kommt zum Schluss, dass Studierende in Freiburg im Schnitt 34,89 Std./Monat arbeiten müssen, um ihre Miete zu bezahlen. Beim Spitzenreiter Hamburg sind es 38,57 Std./Monat.

#### GRÖSSTER SLUM EUROPAS

Die Absurdität des „besten aller Gesell-

schaftssysteme“ (Kapitalismus) lässt sich gerade in Spanien eindrücklich beobachten. In einem Beitrag der ARD wird der wohl größte Slum in Europa gezeigt. Dort leben 40.000 Menschen, die aufgrund der Krise ihre Wohnung verloren haben am Stadtrand von Madrid. 500 Meter neben dem Slum steht ein ganzer, neugebauter Stadtteil, leer. Auf dass diese Absurdität irgendwann überwunden wird!

#### LBBW-VERKÄUFE

Die grün-rote Landesregierung BaWü hat 2010 die Bestände der LBBW-Bank veräußert. Es wurde wie beim geplanten Verkauf der Freiburg Stadtbau oder dem Verkauf in Dresden auf die scheinbare soziale Absicherung durch eine Sozialcharta hingewiesen, die den sozialen Schein wahren sollte. Nun stellt sich erneut heraus, dass Sozialchartas nicht das Papier wert sind, auf dem sie stehen. Auf diesen Umstand haben auch Initiativen von MieterInnen in Freiburg bereits beim Verkauf hingewiesen.

#### WENIGER AUTO WAGEN!

Die Großbaustelle im Freiburgs Osten hat gezeigt, dass nicht immer ein Auto nötig ist, um von A nach B zu kommen. Eine aktuelle Zählung (09/2013) ergab nun, dass der Verkehr um 27% zum Vorjahr abgenommen hat. ÖPNV, Radwege und Mitfahrgelegenheiten ausbauen!

#### [Fr] REPRESSIONSWELLE GEGEN FREIBURGER SUBKULTUR

Die Stadt Freiburg geht in den letzten Monaten massiv gegen Plakatieren von KonzertkleinveranstalterInnen vor. Bis zu 350€ soll für ein nicht ordnungsgemäß aufgehängtes Plakat gezahlt werden. Im Moment sind die subkulturellen Freiburger Einrichtungen mit ihren Veranstaltungen deshalb im öffentlichen Raum kaum sichtbar.

#### NAZIS BAUEN ERNEUT BOMBEN

Das vermeintlich nazifreie Freiburg ist zum zweiten Mal Ort von geplanten Bombenanschlägen von Nazis geworden. Anfang September wurde bekannt, dass Nazis geplant haben, mittels Modellflugzeugen Bomben auf politische GegnerInnen abstürzen zu lassen. Einer der Nazis lebt auf der Haid, also genau dort, wo sich eine Bürgerinitiative gegen ein Flüchtlingswohnheim wehren.